Bestrafung; d. h. die Gesellschaftsgefährlichkeit der Tat wurde auf Grund des geringen Verschuldens in Zweifel gezogen. An Hand dieser Praxis läßt sich feststellen, daß die den Gerichten infolge der ungenügenden ideologischen Orientierung gekommenen Zweifel hätten beseitigt werden können, wenn sie nicht dazu angeleitet worden wären, nur das Werturteil: „du hättest erkennen und vermeiden können und müssen“, zu fällen, sondern durch die Definition dazu angehalten worden wären, nach dem Kern der Schuld bei Fahrlässigkeit zu suchen. Es kann daher mit Fug und Recht gesagt werden, daß der hier unterbreitete Vorschlag keineswegs zu einer ungerechtfertigten Begrenzung des Schutzes von Leben und Gesundheit bzw. bedeutender volkswirtschaftlicher Werte führen, sondern ohne Verringerung dieses Schutzes eine bessere Bekämpfung der fahrlässigen Straftaten gewährleisten wird. Diese Feststellung geht von der rechtspolitischen Erwägung aus, daß die Strafe nur Sinn hat und dem Schutz unserer sozialistischen gesellschaftlichen Verhältnisse dient, wenn sie durch ihre erzieherische Wirkung mithilft, die ideologischen Wurzeln der gefährlichen Handlungsweise zu beseitigen, d. h. wenn sie auf eine schädliche Einstellung des Täters zu seinen Rechtspflichten oder das laxe Pflichtbewußtsein anderer Bürger einzuwirken vermag. Die Strafe ist im Sozialismus niemals Sühne oder Vergeltung, Rache oder Wiedergutmachung. Die erzieherische Wirkungsmöglichkeit der Strafe hört aber dort auf, wo die gefährlichen Folgen der Tat aus einer natürlich bedingten Unzulänglichkeit des Menschen und nicht aus einer negativen ideologischen Haltung zu unseren sozialistischen gesellschaftlichen Verhältnissen entstanden.²² Diese Unzulänglichkeit kann durch die Strafe nicht beseitigt werden - zur Verhinderung der dadurch bedingten Schäden an Leben und Gesundheit oder volkswirtschaftlichen Werten müssen andere staatliche oder gesellschaftliche Sicherheitsmaßnahmen getroffen werden.

Die bisher - allerdings nur mündlich - geführte Diskussion zeigte jedoch, daß die von mir ursprünglich vorgeschlagene Fahrlässigkeitsdefinition tatsächlich zu eng ist bzw. zu eng aufgefaßt werden könnte, da in ihr nur von einem vorsätzlichen Verstoß²³ gegen die Rechtspflichten die Rede war. Zwar geht auch die in dem jetzt vorgeschlagenen Fahrlässigkeitsbegriff angeführte „Mißachtung“ der Rechtspflichten auf eine irgendwann und in irgendwelchen Zusammenhängen erfolgte Willensentscheidung des Täters zurück, es mit dieser

22. Dabei wird sich niemand, der laut rechtlicher Anforderung für die Ausübung seiner Funktion ein bestimmtes Maß an Reaktionsfähigkeit besitzen muß, etwa mit „menschlicher Unzulänglichkeit“ rechtfertigen können, wenn er in Kenntnis seiner verminderten Fähigkeiten dennoch diese Tätigkeit ausübte und so einen Schaden herbeiführte (z. B. Kraftfahrer, der übermüdet ist).

23. vgl. Lekschas, „Über die Strafwürdigkeit von Fahrlässigkeitsverbrechen“, a. a. O., S. 48,